Emanzipation der Emanzipation

Die Sozialdemokratie als emanzipative Kraft– Kopplung von politischer Partei und Protestbewegungen?

Momentum 14: Emanzipation
Hallstatt 16. – 19. Oktober 2014

Klaus Baumgartner, Maximilian Locher, Georg Hubmann
Gliederung

Abschnitt 1: Sozialdemokratie: Von der Protestbewegung zur Partei

1. Von der Protestbewegung zur Partei
2. Institutionalisierte Emanzipation: Der Staat als sozialdemokratisches Projekt
3. Den Faden verloren: Das sozialdemokratische Krisenjahrzehnt
4. Schlussfolgerungen

Abschnitt 2: Das politische System - eine soziologische Klärung des Verhältnisses von Parteien und Protestbewegungen

1. Systematische Verortung von Parteien und Protestbewegungen
2. Kopplungsprobleme von Sozialdemokratie und Protestbewegungen
3. Prämissen für eine gelungene Kopplung

Abschnitt 3: Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Eine chancenreiche Verbindung

1. Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Potentiale einer engen Kopplung
2. Sozialdemokratie als Emanzipatorische Bewegung: Verknüpfung von Theorie und Praxis
3. Schlussfolgerungen und Ableitungen
Abstract


Als Ergebnis steht dann nicht nur eine Einschätzung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Protestbewegungen zur jeweiligen Zeit, sondern auch Vorschläge für eine organisatorische und politische Neuorientierung für die Sozialdemokratie, damit sie wieder Anschluss an Protestbewegungen finden und als emanzipative Bewegung wahrgenommen werden kann.
Abschnitt 1: Sozialdemokratie: Von der Protestbewegung zur Partei

1. Die Anfänge als emanzipatorische Kraft

In der Zeit nach der Revolution von 1848 entstand die Sozialdemokratie als Bewegung für die Vollendung der bürgerlichen Revolution. Das Ziel war Demokratie nicht nur als eine Frage der Verfassung zu verstehen, sondern auch die gesellschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse zu beseitigen. Es ging also um soziale Gleichheit und darum die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen zu beenden, nichts weniger als Technik, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit zu versöhnern. Die Emanzipation der ArbeiterInnen aus der politischen Unterdrückung und den menschenunwürdigen Arbeitsverhältnissen ist der historische Auftrag der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie als emanzipative Bewegung hat in der Folge politisch viel erreicht. Die schrittweise Emanzipation der ArbeiterInnen, vom Wahlrecht bis zum 8 Stunden Tag, Arbeitszeitverkürzung, freier Zugang zu Bildung, Emanzipation der Frauen, Sozialstaat als Grundlage für allgemeinen Wohlstand etc. wurde durch den organisatorischen Wandel von einer teilweise verbotenen und zersplitterten Bewegung hin zu einer staatstragenden Partei mit dem Anspruch außerhalb und innerhalb des Parlaments für Mehrheiten zu kämpfen möglich.

1.1. Emanzipation als Glaubensbekenntnis der Sozialdemokratie


---

1 Vgl. Steinbach-Gröbl, in J. Weidenholzer (Hrsg.) „Rekonstruktion der Sozialdemokratie“ 1987, S.36
2 Salomon-Delatour „Die Lehre Saint-Simons“, 1962, S. 58
3 E. Gröbel-Steinbach, 1987, ff
Kämpfe von Unten


Selbstbestimmung über die Produktion

Das sozialdemokratische Verständnis von Emanzipation als Selbstbestimmung über die Produktion bedeutete auch sich von jener Staatform zu emanzipieren, die der kapitalistischen Logik folgte und darum der Marktwirtschaft keine Einschränkungen und Regelungen entgegenstellte. Dabei gab es zwar in den unterschiedlichen (auf Region und Branche bezogen) Arbeiterbildungsvereinen strategische und organisatorische Unterscheidungen wie dieser Prozess zur Emanzipation der Entrechternen ausgestaltet und durchgeführt werden muss, geeint waren sie aber in ihrer Annahme, dass technisch-industrielle Expansion Fortschritt bedeutet.

1.2. Emanzipation heißt Teilhabe durch Bildung


Parallelwelt Parteielite

Mit dem Aufstieg zur Massenpartei begann auch für die Sozialdemokratie die Herausforderung die passende(n) Organisationform(en) zu etablieren und die ursprünglichen Protestbewegungen in einer Massenorganisation zu strukturieren. Das Ziel, einen „breit durchorganisierten, kontinuierlich arbeitenden und rational gelenkten Parteiapparats“ bedurfte einer Führung von „hauptamtlichen Funktionären“  

Es gab also schon um die Jahrhundertwende jene Professionalisierung die zu einer eigenen Kaste  

6 Vgl. J. Weidenholzer, „Auf dem Weg zum neuen Menschen“, Wien., S. 40

1.3. Parteireform, die erste


Die Mühen der Tagespolitik

Nach kurzer Zeit wurde dabei klar, dass es einen Mangel an Bezügen zu tagespolitischen Themen sowie zu aktuellen organisatorischen Herausforderungen gab und so wurde ein zusätzliches Semester angedacht aber nie verwirklicht, jedoch bildete sich eine Gruppierung von AbsolventInnen heraus die sich mit folgenden Fragen und Themenstellungen beschäftigte: „Was ist Freiheit? Parlamentarismus und Sozialdemokratie; Anarchistische und sozialistische Gewerkschaften; Der Generalstreik; Die Frauenfrage; Militarismus; Gewerkschaft und Sozialismus; Die Teuerung der Agrarprodukte; Die Agrarfrage; Die Nationalitätenfrage und ihre sozialen und ökonomischen Grundlagen; Die Nationalitätenfrage und der Staat; Die Nationalitätenfrage und die Gewerkschaften."

---

8 Michels, Robert „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“, Leipzig, 1911, S. 32
2. Institutionalisierte Emanzipation: Der Staat als sozialdemokratisches Projekt

Lehnte die Sozialdemokratie in weiten Teilen und Bereichen ihrer ersten Phase bis in die Zwischenkriegszeit hinein noch den Staat als bürgerlich-reaktionären Widerpart zum eigenen Idealbild des Sozialismus ab, so ging sie in ihrer Hochzeit, ab den 1960er Jahren dazu über den Staat zu reformieren und damit die sozialdemokratischen Ideale nicht nur außerhalb des Parlamentes zu leben und zu verwirklichen. Die Sozialdemokratie verstand sich aufbauend auf ihre ideologischen Fundamente aus der ersten Republik bzw. der Weimarer Republik auch als Gestalterin und Treiberin, um die sozialstaatliche Idee aus dem Parlament heraus zu verwirklichen.11 Dieser vermeintliche Bruch mit der eigenen Geschichte, den kapitalistischen Staat nicht mehr als Gegenpart sondern als zu reformierendes Konstrukt zu begreifen, führte zu den großen Erfolgen von Brandt in Deutschland, Palme in Schweden und Kreisky in Österreich.

2.1. SozialpartnerInnenschaft statt Klassenkampf

Die vor dem ersten Weltkrieg entstehende und in den 20er und 30er Jahren vorhandene klassenkämpferische, austromarxistische Theorie entwickelte sich nach dem zweiten Weltkrieg weiter zu einem Selbstverständnis als staatstragende Volkspartei sowie sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften. Auch die Kulturarbeit, also den Angeboten zur Selbstverwirklichung und Emanzipation der vermeintlich entreichten wurde nicht mehr alleinig als Aufgabe der Bewegung angesehen sondern reformistisch in den Sozialstaat eingebunden.12

Sowohl für die Gewerkschaftsbewegung als auch für die Sozialdemokratische Partei zeichneten sich durch dieses theoretische und organisatorische Verständnis Mitgliederzuwächse und Wahlerfolge gleichermassen ab. Dies zum ersten Mal in der Geschichte parallel bei den (österreichischen) Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Denn sowohl um die Jahrhundertwende als auch in der Zwischenkriegszeit wanderten Mitglieder der ursprünglichen, gewerkschaftlich orientierten ArbeiterInnenbildungsvereinigungen zu sozialdemokratischen Organisationen/Parteien ab.

2.2. Protestbewegungen aus der Partei

Die Sozialdemokratischen Parteien waren nun nicht mehr der Versuch von intellektuellen Zirkeln eine ideologische Klammer zwischen den Protestbewegungen zu spannen, sondern Plattform und Maßstab für Protestbewegungen. Durch ihre Engmaschige, macht-transparenten Strukturen entwickelten sich emanzipatorische Projekte nun aus der Sozialdemokratie heraus und spalteten sich im Extremfall von dieser ab, was einen ganz deutlichen Unterschied zu den Anfängen darstellt, als die

---

Sozialdemokratie aus Arbeits- und Sozialkämpfen entstand und daraus ihre Organisation entwickelte.

3. Den Faden verloren: Das sozialdemokratische Krisenjahrzehnt


3.1. Massenbewegung ohne Massen

Die Sozialdemokratie in Österreich galt in den 1970er Jahren auf Grund ihres hohen Organisationsgrad in der Bevölkerung als Vorbild für viele sozialistische Mitgliederparteien in Europa. Die SPÖ erreichte 1979 ihren Mitgliederhöchststand, als sie 721.262 Menschen in der Partei organisiert hatte. Wahlberechtigt waren bei der Nationalratswahl im selben Jahr 5.186.735 Menschen, die SPÖ erreichte unter Kanzler Bruno Kreisky 51 % der Stimmen und konnte so über 2,4 Millionen Stimmen auf sich vereinen. Heute hat die SPÖ etwa ein Drittel der Mitglieder (rund 240.000) und bei den letzten Wahlen konnten sie nur mehr 26,8 % der Stimmen also 1.258.605 WählerInnen für sich gewinnen.

3.2. Und täglich grüßt die Parteireform


3.3. Protestbewegungen, nein danke?

In den letzten 30 Jahren gab es zwar immer wieder größere und kleinere (zivilgesellschaftliche) Protestbewegungen und Parteien die zwar im Kern sozialdemokratische Ideale vertraten, jedoch wurden diese weder ganzheitlich von der Sozialdemokratie getragen noch wurde im Anschluss daran politisches Kleingeld durch Erschließung neuer Netzwerke und Themenbereiche gewonnen. Im Gegenteil manifestierten sich diese, wie etwa die Grün-Bewegungen, oft als eigene Parteien, die schlußendlich die als Konkurrenz ansehen und dadurch politische Themen in Konkurrenz und Abgrenzung zur Sozialdemokratie deuten und besetzen. Ähnliches kann auch bei der Piraten-Partei festgestellt werden. Aber selbst in jenen Momenten in denen eine Protestbewegung kurzfristig sozialdemokratische Politik einforderte, konnten die Sozialdemokratischen Parteien diese nicht im notwendigen Ausmaß an sich binden, noch die Bewegungen für ein gemeinsames Engagement gewinnen, wie Lichtermeer(e), globalisierungskritische Bewegungen (Stopp GATS; Stopp TTIP, Occupy...), Uni brennt oder Anti- Abschiebebewegungen zeigen. Das von Seiten dieser Bewegungen eine starke Sozialdemokratie durchaus gewünscht wird, zeigt sich auch daran, dass sie ihre Kritiken hauptsächlich an Sozialdemokratischen Parteien richten und nicht etwa an Andere im politischen Spektrum.

4. Schlussfolgerungen

Abschnitt 2: Das politische System - eine soziologische Klärung des Verhältnisses von Parteien und Protestbewegungen

1. Systematische Verortung von Parteien und Protestbewegungen

Anschließend an die Analyse des historischen Verhältnisses von Sozialdemokratie und Protestbewegungen werden im Folgenden aus einem systemtheoretischen Blickwinkel Rahmenbedingungen, Stolpersteine und Voraussetzungen für gelungene Kooperationen zwischen Parteien und Protestbewegungen aufgearbeitet. Um zu untersuchen, wie politische Organisationen Treiberinnen von breiten sozialen Bewegungen werden können, und doch im politischen System mittels Entscheidungen einen Unterschied machen können, welcher die Strukturen zur Emanzipation von Menschen schafft, soll im Folgenden zuallererst das Funktionssystem der Politik näher beleuchtet werden. Erst dann wird es Sinn machen darauf einzugehen, wie politische Organisationen sich als rigide Systeme mittels ihrer Unterscheidungen im Medium der Macht einprägen, und lose Elemente so koppeln, dass ein politischer Output beobachtbar wird.\(^{14}\)

a. Politik und Macht

Niklas Luhmann definiert die Funktion von Politik im „Bereithalten der Kapazität zu kollektiv bindendem Entscheiden“.\(^{15}\) Die kollektive Bindung von Entscheidungen wird im politischen System im Medium der Macht durch unterschiedlichste Machtpraktiken stabilisiert.\(^{16}\) Dementsprechend wird Macht zum zentralen Faktor der Ausdifferenzierung im politischen System, indem entlang des Codes der Machtüberlegenheit / Machtunterlegenheit die verschiedenen Systeme innerhalb des politischen Systems versuchen in die Position der Machtüberlegenheit zu kommen, und so nicht in die Position der Unterlegenheit und gar des Gehorsams gedrängt zu werden.\(^{17}\) Diese Codierung findet ihre Entsprechung in der Systembildung, wenn politische Ämter eingerichtet werden, diese wiederum nach Amtsträgern und Amtsunterworfenen unterschieden werden,\(^{18}\) und entlang dieser Amtsunterschieden der Einsatz von Macht in der Politik erwartbar, Luhmann würde im Hinblick auf den Einsatz von Macht sagen antizipierbar wird.\(^{19}\)

Entlang dieses Codes bleibt das politische System deswegen in Bewegung, weil es im Rahmen unterschiedlicher Verfahren, Wahlen sind eines unter diesen, die Codierung kontingent setzt, das heißt den Raum dafür öffnet, eine andere Zuteilung in Unterworfenen und Überlegene vorzunehmen. Die Präferenz von Systemen innerhalb des politischen Systems eher auf der positiven als auf der negativen Seite dieser Codierung

---


\(^{15}\) Luhmann (2000a), S. 84.


\(^{17}\) Vgl. Luhmann (2000a), S. 88.

\(^{18}\) Vgl. Luhmann (2000a, S. 91.

zu operieren, hat disziplinernde Effekte für die Systeme, welche sich auf der negativen Seite des Codes befinden. Sie reflektieren zwar die positive Seite hinsichtlich deren Kommunikationen, doch müssen sie das immer in dem Rahmen tun, dass sie in ihrer Umwelt die Erwartung schüren, nicht nur auf Ebene der Kontingenzsetzung und Reflektion kompetent zu sein, sondern auch einen positiven Umgang mit Macht praktizieren zu können.20

b. Parteien als politische Organisationen in der Politik


Genau diese Strukturen, welche eine Verstetigung, ja eine Erkennbarkeit und eine institutionell funktionale Erwartbarkeit über die Zeit hinweg darstellen, stellen dabei aber Luhmann zufolge ein Problem für die „Realitätsangepaßtheit des Systems“ dar, da es nun mit der Beschäftigung mit der eigenen Reproduktion zu einer Distanzierung von der Umwelt kommen kann, die das funktionale Maß übersteigt und zu einer

---

21 Vgl. Luhmann (2000a), S. 266.
22 Vgl. hierzu Luhmann (2000a), S. 214 & 245.
23 Vgl. Luhmann (2000a), S. 100.
24 Vgl. hierzu Luhmann (2000a), S. 65, der die Funktion von Strukturen darin sieht, dass Systeme dadurch in die Lage versetzt werden, Operationen an Operationen zu koppeln und so Vergangenheit mit Zukunft zu verschränken.

c. Das Publikum und die öffentliche Meinung

Die öffentliche Meinung stellt das Medium dar, in dem künftige Wahlen vergegenwärtigt werden und Kommunikationen daraufhin bewertbar zu werden scheinen, inwieweit sie eine künftige Wahl der Partei wahrscheinlicher oder unwahrscheinlicher machen. Sie bauen also einen Verweisungszusammenhang auf, der dadurch diszipliniert wird, dass alle politischen Äußerungen damit rechnen müssen, beobachtet zu werden.28 Das politische Publikum simplifiziert dabei stark, indem sie zum einen alle Beobachtungen diesem Kalkül des Rechnens mit dem Beobachtetwerden entziehen und als Handlungen beobachten,29 und neben diesen blinden Beobachtungen Entscheidungen immer unmittelbar einzelnen Personen zurechnen,30 anstatt Strukturen und politischen Spielen im Medium der Macht. Die öffentliche Meinung ist in hohem Maße von Massenmedien geprägt, welche sich ihrerseits an den im politischen System behandelten Konflikten orientieren, die für sie durch die Konfliktbeladenheit eine große Rezeptionswahrscheinlichkeit versprechen. Diese Konflikte werden Luhmann zufolge vor allem entlang der Leitunterscheidung Regierung/Opposition und rechts/links reproduziert.31 Diese Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung, Konflikte politischen Entscheidungsprozessen zuführen zu können, lässt die Frage erscheinen, welche Konflikte überhaupt thematisiert werden, und welche aufgrund der starken Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Politik überhaupt nicht von den Schemata der Politik (also primär Regierung/Opposition und links/rechts) erfasst werden.32

d. Die Protestbewegung als Negation

Solche Probleme und Konflikte werden häufig anhand von der Form des Protests gegen die Gesellschaft und deren Folgen durch Protestbewegungen wahrnehmbar.33 Mittels der Berufung auf Werte thematisieren Protestbewegungen Missstände und versuchen dann durch ihre verschiedenen Interaktionsformen Personen entlang deren Interessen zu mobilisieren.34 Hierbei sind Protestbewegungen darauf angewiesen, dass die Attraktivität ihrer Werte und ihres Protests genügend Motivation zur persönlichen individuellen Unterstützung kreieren, denn Protestbewegungen organisieren nicht wie Parteien Entscheidungen und können auch nicht durch die (Nicht-)Vermittlung

31 Vgl. Luhmann (2000a), S. 133.
34 Vgl. Luhmann (2000a), S. 183.
politischer Ämter ihre Mitglieder sanktionieren. 35 Einerseits haben Protestbewegungen dabei aufgrund ihrer Distanz zum politischen Entscheiden die Möglichkeit, abseits jeder politischen Konsequenz zu thematisieren und zu fordern,36 und ersetzen so die Blindheit ausdifferenzierter politischer Parteien für manche Themen durch die Festlegung auf Werte, welche sie wiederum blind für Argumentationen der Gegenseiten ihres Protests machen.37 Andererseits bilden sie aufgrund ihrer Situierung in der Peripherie des politischen Systems auch keine Hierarchien, sondern organisieren sich weitgehend heterarchisch über die Differenzierung von Kerngruppen, Anhängern und Sympathisanten.38

Da Protestbewegungen ihrer Skandalisierung von Themen nur nachgeben können, wenn sie andere Wege nehmen als die tradierten des politischen Systems, wählen sie diverse Formen des Protests.39 Mit diesen suchen sie, Personen an ihren Interessen und ihrer Betroffenheit zu packen,40 und durch die Inszenierung des Protests mittels dem „massenhaften Einsatz von Körpern“41 die Massenmedien zur Setzung ihrer Themen und Nachvollziehung ihrer Situationsdefinitionen zu bewegen. Für die Entscheidung für den Protest als Form des Einflusses auf das System ist der blinde Fleck von Protestbewegungen äußerst funktional. Denn er ermöglicht den Protestbewegungen die Selbstbeschreibung, dass sie Problemsituationen von Menschen besser verstünden als andere,42 und lässt sie darüber hinaus die Selbstbeschreibung derer, gegen die sie protestiert, nicht berücksichtigen.43 So protestiert es sich leichter. Der Protest muss in gewisser Weise auf Verständnis des anderen bauen, um noch Protest zu sein. Der blinde Fleck der Protestbewegungen ist aber nicht nur für die Bewegungen selbst funktional, sondern auch für die gesamte Gesellschaft. Denn erst mit den Protestbewegungen, die sich in der modernen Gesellschaft verstärkt an einzelnen spezifische Funktionssystemen und deren Folgen für Gesellschaft orientieren,44 erlangt die Gesellschaft Möglichkeiten der eigenen Negation mit einem anderen Ordnungsangebot für Gesellschaft zu produzieren,45 welche sich seinerseits immer noch in der Gesellschaft verorten und diese affirmieren. Gibt es solche alternativen Ordnungsangebote nicht links, dann wird die Negation von Folgen der Funktionssysteme in eine höhere Anziehungskraft von rechten Bewegungen und deren Ordnungsangeboten und Protestformen münden. Die Protestbewegung muss, solange sie nur Protestbewegung ist, hoffen, dass ihr Agieren wahrgenommen wird, und sie über ihre Anziehungskraft einen Einfluss gewinnt, der es ihr ermöglicht, Macht abseits der für

41 Luhmann (1997), S. 855.
sie alleine nicht erreichbaren formellen Entscheidungswege auszuüben. Möchten Protestbewegungen über ihre Protestformen hinweg wirkungsvoll kommunizieren und ihre Kommunikation unmittelbar auf Entscheidungen ausrichten, dann müssen sie entweder eine eigene organisierte Vertretung herausbilden und institutionalisieren, oder die Kopplung an eine bestehende Organisation schaffen. Für ersteren Fall nennt Luhmann das Beispiel Greenpeace, welches umgekehrt mit der Protestbereitschaft von Protestbewegungen rechne und so im politischen Spiel anders Einfluss nehmen kann. Für letzteren Fall, und spezieller die Kopplung mit einer Partei als politischer Organisation, möchte diese Arbeit plädieren, muss sich jedoch in einem nächsten Schritt dafür zuerst der aktuelle (Nicht-)Kopplung zwischen der politischen Partei der deutschen Sozialdemokratie und linken emanzipatorischen Protestbewegungen widmen.

2. Kopplungsprobleme von Sozialdemokratie und Protestbewegungen


Da die Funktion von Parteien wie bereits dargelegt, darin liegt, kollektiv bindende Entscheidungen vorzubereiten, lässt sich folgern, dass sie in einer Gesellschaft des Überschusses an Unsicherheit im politischen Prozess der Funktion der Unsicherheitsabsorption nachkommt, womit sie in die typische Gefahr von Organisationen gerät, an Absorptionen festzuhalten, anstatt diese immer wieder an Veränderungen der Umwelt anzupassen. Dieses Vertrauen ist in einem sich weiter

Jenseits des unmittelbaren politischen Betriebs begegnen Parteien einer Gesellschaft, die sich in stärkerem Maße als früher durch individualisierte Individuen auszeichnet, was zur Folge hat, dass Protestbewegungen auf instabilere Motiv- und Interessenslagen

54 Luhmann (2000a), S. 267.
57 Vgl. zu letzterem Luhmann (2000a), S. 267.


3. Prämissen für eine gelungene Kopplung

Folgende Prämissen sind für eine erfolgreiche Kopplung von Parteien und Protestbewegungen ausschlaggebend, damit eine Kopplung bzw. Einbettung überhaupt möglich werden kann

- **Person:** Doppelmitgliedschaften sind anzustreben. Und Werbung um Parteimitglieder und Parteisynpathisanten sind im Milieu der jeweiligen Bewegungen durchzuführen

---

60 Vgl. Weick (1976), S. 6f.
• **Kommunikationswege**: Gremien und Versammlungen müssen geöffnet werden und in Teilen verschmelzen, Repräsentationssysteme sind anzudenken, Politiker müssen entlang ihres Fachbereichs mit den äquivalenten Fachorganisationen/-bewegungen innerhalb der Protestbewegung verbandelt sein

• **Entscheidungsprogramme**: Antragswege müssen geöffnet werden nach außen, das Zentrum der SD müssen stärker an die Peripherie gebunden werden

• **Kognitive Routinen**: es muss einen automatisierten Austausch von Kontaktdaten, Veranstaltungsterminen (Proteste, Treffen, Kongresse...), politischen Schriften/Informationsmaterialien und Pressemitteilungen geben

• **Organisationskultur**: es gilt die Verschiedenheit zwischen den unterschiedlichen Kulturen zu akzeptieren. Die eine Organisation muss politische Konsequenzen finden, die andere muss mit ihren Inhalten attraktiv genug sein für Mitglieder und dafür auch das politische System stark negieren können

Diese Punkte dienen in weiterer Folge als Bausteine in der Entwicklung von Vorschlägen für eine gelungene Kopplung von Sozialdemokratie und Protestbewegungen.
Abschnitt 3: Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Eine chancenreiche Verbindung

Im Folgenden Abschnitt wird auf die historisch-praktische Analyse sowie auf den systemtheoretischen Zugang für das Verhältnis von Sozialdemokratie und Protestbewegungen aufgebaut, um die Potentiale der Kopplung zu skizzieren sowie Ansätze für Lösungsvorschläge zu entwickeln.

1. Sozialdemokratie und Protestbewegungen: Potentiale einer engen Kopplung

Um die bestehende Distanz zu überwinden braucht es neben einer neuen innerparteilichen Verschränkung auch neue und festere Kopplungen zu Protestbewegungen. Auf explizite Wege dieser Kopplungen werden wir in unten eingehen. Bevor aber diese Konkretisierung stattfindet, muss aber an dieser Stelle untersucht werden, welchen Effekt solch festere und vielfältigere Kopplungen zu Protestbewegungen für die Verfolgung des Auftrags der Emanzipation durch die Sozialdemokratie hätte.

Wie bereits angedeutet ist das Risiko jeglicher Beobachtung, dass die Beobachtung nicht parallel die eigenen Kriterien ihrer Unterscheidungen in Beobachtungen zweiter Ordnung beobachten können und in Beobachtungen erster Ordnung entlang des Codes ihres Funktionssystems weiter beobachten können.61 Für die Sozialdemokratie bedeutet dies, dass sie nicht am politischen Kampf um Machterübergabe teilnehmen kann und dabei zugleich immer reflektieren kann, um welche Gruppierungen sie sich in ihrer Politik eben nicht kümmert. Koppelt sich Sozialdemokratie fester an Protestbewegungen so entwickelt sie eine Sensorik, die sie auf genau diese blinden Flecken aufmerksam machen kann. Sie wird also intelligenter und vergrößert ihren Wahrnehmungsapparat. Auch wenn die direkte Irritation in der Form von Negationen durch Protestbewegungen durchaus als belastend und zehrend empfunden werden können.

Indem sie diese zunehmenden Irritationen von Seiten der Protestbewegungen zulässt, und sich so zugleich für das ExpertInnenwissen dieser Bewegungen öffnet, gelingt es der Sozialdemokratie ihre Umwelt besser und verlässlicher zu kategorisieren und sich besser durch das „Wirrwarr von Impulsen, die Reaktionen herausfordern“62 zu navigieren. Gleichzeitig würden die vom Kapitalismus dominierten Kopplungen, welchen die Sozialdemokratie und das gesamte politische System in einer sehr ungleichen Gesellschaft ausgesetzt sind,63 einen emanzipatorischen Ausgleich bekommen.

---

62 Luhmann (2000a), S. 143.
63 Vgl. hierzu Badiou in Žižek (2012, S. 120).


---

64 Luhmann (1997), S. 862.
65 Vgl. zu dieser Funktion Luhmann (2000a), S. 305.
2. **Sozialdemokratie als Emanzipatorische Bewegung: Verknüpfung von Theorie und Praxis**


<table>
<thead>
<tr>
<th>Vorraussetzung für Kopplung</th>
<th>Anfangsjahre</th>
<th>Hochzeit</th>
<th>Status Quo</th>
<th>Ableitungen und Potentiale</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Person</strong></td>
<td>Personen wechseln von Gewerkschaften in die Partei</td>
<td>Partei und Gewerkschaften haben großen Zulauf</td>
<td>Partei verliert Mitglieder; viele neue Protestbewegungen entstehen</td>
<td>Protestbewegungen, Zielgruppen gezielt einbinden, neue Strukturen schaffen, Partizipation ermöglichen</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Kommunikationswege</strong></td>
<td>Lose Strukturen, kein Überbau</td>
<td>Klare Strukturen und Verantwortlichkeiten, breite Beteiligung</td>
<td>Wahlverein, bei vielen Themen fehlt öff. Bekenntnis, Wahrnehmung nicht da</td>
<td>Selbst offensiv kommunizieren, Kampagnenarbeit, ÖA nicht PR</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Entscheidungsprogramme</strong></td>
<td>Keine Strukturen, keine reale Macht, TheoretikerInnen bestimmen über Aufbau</td>
<td>Demokratische Strukturen, aber klare Machtverteilung</td>
<td>Erste zarte Versuche in einzelnen Bereichen, aber die Kultur dafür fehlt</td>
<td>Transparenz bei Entscheidungen, bessere Kommunikation, Sichtbarmachen und Bezug zu Grundsätzen</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Organisationskultur</strong></td>
<td>Gemeinsamer Aussenfeind eint, pers. Kontakte entscheidend</td>
<td>Strategische Entscheidung über Einbindung</td>
<td>Keine Antwort auf gesellsch. Wandel, wenig Möglichkeit zur Beteiligung, Pragmatismus dominiert</td>
<td>Offenheit und er Diskussion und bei Ergebnissen, Ergebnisse dürfen sich auch ändern</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Verhältnis von Partei und Protestbewegung</strong></td>
<td>Viele Protestbewegungen sollen eine Partei werden</td>
<td>PB wollen Partei emanzipieren, Partei will von PB profitieren</td>
<td>PB haben Partei abgeschrieben, Partei will nicht gestört werden</td>
<td>Partei als Plattform für Protestbewegungen</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Schlussfolgerungen und Ableitungen

- **Person**: Es müssen sich zusätzliche Zielgruppen zu den bisherigen finden, die die Sozialdemokratie als Bündnispartnerin für einen emanzipatorischen Prozess verstehen können. Für sie muss die Sozialdemokratie als Treiberin von gesellschaftlichen Transformationsprozessen hin zu (mehr) Teilhabe dienen. Ein Blick auf die ersten Betroffenen von globalen Krisen (Finanzkrise, Kriege, Erderwärmung) zeigt, wem die Sozialdemokratie künftig zusätzlich dienen muss: Flüchtlinge/MigrantInnen, Working-Poor, Frauen.

Doch auch jene Gruppen die die Auswirkung von immer stärker wachsenden Schieflagen und Weiterentwicklungen in unserer Gesellschaft erkennen und offensiv angehen wollen müssen wieder Platz in der Sozialdemokratie finden, in dem neuen Strukturen (PES AktivistInnen, Themensektionen, ...) nicht nur geschaffen, sondern auch Mitarbeit daran vom Hauptamt gefordert und gefördert werden.

- **Kommunikationswege**: Gremien und Versammlungen müssen geöffnet werden, die Erkennbarkeit von Zuständigkeiten und vorhandener Macht transparent gemacht und auf Auseinandersetzungen wieder bewusst eingegangen werden. Es geht aber auch um den direkten Kontakt der Kaste der BerufspolitikerInnen mit ExpertInnen aus den jeweiligen Fachbereichen und die direkte Vernetzung von Wissenschaft und Politik, um politische Herausforderungen frühzeitig erkennen zu können. Das auch weil das Ziel nicht sein darf Proteste nur symbolisch zu unterstützen, sondern bei diesen auch gegebenenfalls (u.a. entlang der vorher genannten neuen Zielgruppen) aktiv voranzugehen.

- **Entscheidungsprogramme**: Innerorganisatorische Antragswege müssen geöffnet werden, sowohl nach innen als auch nach außen, denn das Zentrum der Sozialdemokratie muss sich wieder stärker an die Peripherie orientieren, um die Durchlässigkeit und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen zu ermöglichen. Es muss möglich sein zu zulassen, dass Themeninitiativen von außen Ideen und Positionen in den Entscheidungsapparat der Partei einbringen können und so an der Grundausrichtung der Sozialdemokratie mitarbeiten können.

- **Organisationskultur**: Es gilt die Verschiedenheit zwischen den unterschiedlichen Organisationskulturen zu verstehen und zu akzeptieren. Eine Partei und ihre Führungsgremien müssen lernen, dass Diskussionen bis zu einem gewissen Grad Ergebnis offen geführt werden und sich dabei auch die Schwerpunkte und Zielsetzungen ändern können. Auch wenn dies Unsicherheit bedeutet und man sich von bisherigen Vorstellungen oder den Sachzwängen und dem Blick auf Umfragen und Wahlergebnisse lösen muss, es ist jedenfalls zielführend, wenn dadurch der Blick auf ein gemeinsames, großes Ganzes ermöglicht wird und so der Grundstein für eine Zusammenarbeit ermöglicht wird.

- **Ziel:** Das Ziel einer gelungenen Kopplung von Sozialdemokratischen Parteien und Protestbewegungen muss sein, dass ein wechselseitiger Austausch und je nach Anlassfall engere oder lose institutionelle Kooperationen stattfinden. Jedenfalls muss aber eine steter Austausch und Diskurs stattfinden, damit die gemeinsame Weltsicht nicht verlorengeht und die jeweiligen Organisationsnotwendigkeiten und Eigenheiten wechselseitig verstanden werden. Wenn ausreichend Vertrauen da ist kann es auch gelingen die Sozialdemokratie in Zukunft zu einer Plattform umzubauen, eine Plattform in der gesellschaftspolitisches Engagement entlang der gemeinsamen Grundwerte ermöglicht wird. Dann wird auch die Kopplung von Partei und Protestbewegung nicht nur ein organisatorischer, sondern auch ein politischer Erfolg sein.
Quellen:

- N. Luhmann: Organisation und Entscheidung, 2000a
- H. Konrad, K. Lenz: „Geschichte der Arbeiterbewegung“, Institut für Sozial und Wirtschaftswissenschaften der AK OÖ, Linz)
- W. Maderthaner (Hg.): „Arbeiterbewegung in Österreich und Ungarn bis 1914“, Europaverlag Wien 1986
- G. Salomon-Delatour (Hg.): „Die Lehre Saint-Simons“, Neuwied 1962.